UNIVERSITY OF CALIFORNIA
AT LOS ANGELES
JUL 22 1936

Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg.	Berlin,	Nr.
1936	Donnerstag, 2. Juli	856

Der mandschurische Handelskommissar in Berlin.

Berlin, 1. Juli. Nachdem die von der deutschen Wirtschaftskommission für Chufen abgeschlossene Handelsvereinbarung zwischen der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung und den Behörden von Mandschukuo am 1. Juni in Kraft getreten ist, ist zur Wahrnehmung der in der Handelsvereinbarung vorgesehenen Funktionen sowie zur allgemeinen Förderung der deutsch-mandschurischen Handelsbeziehungen als Handelskommissar von Mandschukuo Herr H. Kato ernannt worden.

Herr Kato ist am 26. Juni mit seiner Familie und seinem Stabe in Berlin angekommen und hat heute die Fühlung mit den zuständigen deutschen Stellen aufgenommen.

Aula eröffnet das „Haus der Hochschulmannschaft".

Weilburg an der Lahn, 1. Juli. Reichsminister Rust eröffnete am Mittwoch in Weilburg an der Lahn den Sitz einer Hochschule für Lehrerbildung, das neuerrichtete „Haus der Hochschulmannschaft".

In seiner Ansprache erinnerte er an die frühere Geisteshaltung und umriß die in Blut, Boden und Volk verwurzelte Stellung der Wissenschaft. Weiter ging der Minister auf die besonderen Aufgaben der Lehrerbildung ein. Die früheren pädagogischen Akademien seien nur eine schlechte Lösung gewesen. So sei er mit einer unerwarteten Schnelligkeit vor drei Jahren an den Bau der ersten Hochschule für Lehrerbildung in Naumburg herangegangen. Damit sei der neue Hochschultyp begründet worden. Der alte Lehrerverein sei tot, es lebe die Mannschaft.

Deutsch-ausländische Studentenkameradschaft.

Heidelberg, 2. Juli. Am letzten Tag der Jubiläumsfeiern in Heidelberg hatte das Außenamt der Heidelberger Studentenschaft zu einem kameradschaftlichen Beisammensein mit den ausländischen Studenten im Auslandsklub eingeladen. Der Einladung waren die zu den Ferienkursen in Heidelberg zahlreich anwesenden ausländischen Studenten gefolgt. Sie verbrachten gemeinsam mit den deutschen Studenten frohe Stunden. Es waren auch alle Studentenschaftsführer aus dem Reich, die zurzeit in Heidelberg sind, vertreten.

Der stellvertretende Reichsführer der deutschen Studentenschaft, Baldemar Müller, gab in einer kurzen Ansprache der Ueberzeugung Ausdruck, daß durch persönliche unmittelbare Zusammenarbeit der Studenten die Wege für eine Verständigung zwischen den Völkern geebnet werden. Gerade die Kameradschaft der Jugend sei Vorbedingung für eine bessere Zeit, in der die gegenseitige Achtung unter den Völkern dazu führen müsse, Verständnis für die Lage der einzelnen Völker zu wecken.

In den Stunden der Kameradschaft sangen die verschiedenen ausländischen Gruppen Heimatlieder und die Studentenschaftsführer aus dem Reich stimmten die neuesten Lieder der HJ an.

Der Petrusheim-Prozeß.

Cleve, 1. Juli. Die Verhandlung gegen die fünf Franziskanerbrüder und 14 weitere Angeklagte vor der Clever Großen Strafkammer zeigte am Mittwoch immer mehr die Skrupellosigkeit, mit der im niederrheinischen Grenzgebiet von den Angeklagten gegen die Schmuggel- und Devisenverordnungen gesündigt wurde.

Der Angeklagte Gisbert Janssen kauft, der bei den Schmuggeltransporten nachts Schmiere gestanden hat, gab an, daß im Petrusheim in wenigen Monaten 140 fette, aus Holland eingeschmuggelte Schweine geschlachtet und weiter verkauft worden seien.

Als Kraftwagenführer der Franziskaner-Kolonie führte Heinrich Dimmer monatelang Getreidetransporte in wöchentlichen Mengen von 500 Zentnern aus. Die zur Durchführung dieser Transporte im Grenzgebiet notwendigen Begleitpapiere waren oft in Zeit- und Mengenangaben von Büroangestellten der Kolonie gefälscht; darüber hinaus wurden sie mehrfach benutzt.

Von 1929 bis 1934 fuhr Wilhelm Wienhoff Getreide vom Petrusheim nach Weeze und Medem. Dabei ist ihm für „Gefälligkeiten" von Bruder Sigisbert wiederholt geschmuggeltes Benzin angeboten worden.

In Gemeinschaft mit Bruder Sigisbert hat der Angeklagte Peter Janssen, der in der Nähe vom Petrusheim ebenfalls ein grenzdurchschnittenes Gut besitzt, von 1930 bis 1934 erheblichen Getreideschmuggel betrieben. Nach früheren Auslagen handelte es sich dabei um 25 000 Zentner. Wegen der Fälschungen der Begleitpapiere hat er dem Angeklagten Hoffmann 450 RM Schweigegelder gegeben.

Zu einer kurzen Auseinandersetzung zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung führte die Erörterung einer Aeußerung des flüchtigen Bruders Sigisbert, nach der das Schmuggeln keine Sünde sei (!). Es wurde festgestellt, daß es keine Ordensregel gibt, die diesen Grundsatz rechtfertigen könnte.

Des Devisenvergehens hat sich der jetzt 70jährige Johann Conze, genannt Bruder Liborius, schuldig gemacht, der allein und in Begleitung mit Bruder Epiphan mehrfach unter dem schützenden Ordenskleid Geldbeträge nach Holland geschmuggelt hat.

Dem jetzigen Vorsteher der Kolonie Petrusheim, Johann Reiß, genannt Bruder Valentin, wirft die Anklage ebenfalls vor, sich in Gemeinschaft mit Bruder Epiphan gegen das Devisengesetz vergangen zu haben. Er hat ferner vor einer Kontrolle durch Zollbeamte angeordnet, die Geschäftsbücher zu verstecken. Der Angeklagte Horstmann, der dabei behilflich war, erhielt später von Bruder Valentin 500 RM.

Die Verhandlung wird am Donnerstag fortgesetzt.

Abschluß der Mittwoch-Aussprache in Genf.

Genf, 1. Juli. Nach der Rede Edens in der Mittwoch-Nachmittagssitzung der Völkerbundsversammlung hielt der Sowjetkommissar Litwinow, eine wie üblich mit verschiedenen Ausfällen gegen Deutschland gespickte Rede, in der er die Verstärkung des Völkerbundpaktes forderte. Es habe sich ergeben, daß wirtschaftliche Sanktionen allein die italienische Armee nicht wieder aus Abessinien vertreiben könnten. Deshalb sei er, Litwinow, wie fast alle Völkerbundsmitglieder zu der Ueberzeugung gekommen, daß die weitere Anwendung der wirtschaftlichen Sanktionen nutzlos geworden sei. Aus den Ursachen des abessinischen Mißerfolges müsse man Lehren für die Verhütung ähnlicher Vorkommnisse in Zukunft ziehen.

In diesem Zusammenhang lief Litwinow gegen die vorgeschlagene Abschaffung des Artikels 10 (Garantie der gebietsmäßigen Unversehrtheit) Sturm ebenso wie gegen die Abschaffung des Artikels 16.

Dieser Artikel berge starke Möglichkeiten in sich, die im abessinischen Krieg aus vielfachen Gründen, z. B. auch wegen der anderweitig in viel stärkerem Maßstabe betriebenen Kriegsvorbereitungen" bei weitem nicht ausgeschöpft worden seien. Die Unvollkommenheit des Paktes beruhe auf seinen Lücken und Unklarheiten. Er enthalte keine klare Definition des Angriffs und sehe kein Organ für dessen Feststellung vor.

Die Durchführung wirtschaftlicher Sanktionen müsse für alle Staaten obligatorisch werden und diese in wenigen vorstellbaren Ausnahmefällen Hand in Hand mit militärischen Maßnahmen gehen. Bis man aber soweit sei, müsse Europa mit einem Netzwerk von Regionalpakten überzogen werden.

Als stärkste Garantie für den Frieden betrachte die Sowjetunion nach wie vor die totale Abrüstung. Solange diese radikale Maßnahme nicht getroffen werde, bleibe nichts anderes übrig, als den Völkerbund z. B. die kollektive Sicherheit und den Grundsatz der Unteilbarkeit des Friedens, zu verstärken.

Damit war die Mittwoch-Aussprache beendet. Es sind noch 15 Redner vorgesehen. Am Freitag nachmittag soll der stoordinationsausschuß, d. h. die Sanktionskonferenz zusammentreten, die für die Durchführung der Sanktionen zuständig ist und wahrscheinlich auch der Völkerbundsrat.

Stürmische Nachtsitzung des spanischen Landtages.

Madrid, 2. Juli. Die Sitzung des spanischen Landtages, die bis in die frühen Morgenstunden des Donnerstag dauerte stand unter einer außerordentlich starken Spannung zwischen Regierung und Volksfront-Gruppen einerseits und den Abgeordneten der Rechtsparteien auf der anderen Seite. Im Laufe der zweitägigen Sitzung gerieten die Abgeordneten wiederholt in so scharfe Auseinandersetzungen, daß Prügelszenen nur mit großen Schwierigkeiten vermieden werden konnten.

Zur Aussprache stand auf Antrag der Agrarier die kritische Lage, in die die spanische Landwirtschaft nach dem Regierungsantritt der Volksfront geraten ist. Da die Marxisten mit allen Mitteln das Stattfinden der für sie unangenehmen Debatte zu vereiteln suchten, drohten die Rechtsparteien mit dem Auszug aus dem Parlament und erreichten dadurch schließlich ihr Ziel.

Ein Abgeordneter der Agrarpartei führte deutliche Beispiele an, wie die bisherigen Maßnahmen auf dem Lande widerspiegelten. Er sprach von der Willkür der Gemeindebeamten und der Volksfrontbürgermeister in den Provinzen, die jeden, der ihnen nicht genehm sei, ins Gefängnis steckten oder Gefängnisstrafen androhten, wenn sie die von den Arbeitern gestellten Forderungen nicht erfüllten.

Der Redner erinnerte den Ministerpräsidenten daran, daß dieser während seiner ersten Ministertätigkeit im Jahre 1932 selbst die Ernte für heilig und unantastbar erklärt habe, daß aber heute die Regierung zusehe, wie durch die schreiende Ungerechtigkeit von unbewaffneten Verwaltungsbeamten nicht nur die Ernte, sondern auch das Eigentum der Bauern vernichtet würde. Der Arbeits- und der Landwirtschaftsminister bestritten die Feststellungen des Oppositionsredners zum größten Teil, bezeichneten die Unternehmer als die Alleinschuldigen an den Arbeitskonflikten und machten die früheren antimarxistischen Regierungen verantwortlich für die gegenwärtige Krise auf dem Lande.

Im Anschluß hieran griff der von den Linken wegen seines Redetalents gefürchtete monarchistische Abgeordnete Calvo Sotelo die Regierung und die Politik der Volksfront heftig an. Solange die Regierung in dem gleichen Fahrwasser wie bisher segele, könne es auch auf dem Lande Ruhe weder in der Wirtschaft noch bei den Menschen selbst geben.

Die jetzige Agrarpolitik der Regierung laufe auf eine Proletarisierung des Landes hinaus, einen Irrtum, der auf die marxistische Klassenkampftheorie zurückgehe und in der ganzen Welt bereits die heftige Reaktion der mittleren Klassen und den Triumph des Faschismus im Gefolge habe. Der Mittelstand lehne es ab, Proletarier genannt zu werden. Das jetzige Regime biete keine Rettungsmöglichkeiten.

Der Redner führte dann Zahlen über die sowjetrussische Landwirtschaft an, um den Hörern zu beweisen, daß die Proletarisierung der Industrie und des Landes notwendigerweise zum Ruin führen müsse. Wenn man verhüten wolle, daß die Arbeitslosigkeit in Spanien im Oktober d. J. ganz beträchtlich höher sei als heute und als in den vergangenen Jahren, so müsse man den politischen Kurs vollkommen ändern.

Als Calvo Sotelo schließlich rief, daß es Männer in Spanien gebe, die jederzeit den Versuch, eine marxistische Herrschaft zu errichten, vereiteln würden, entstand ein großer Tumult. Die marxistischen und kommunistischen Abgeordneten sprangen von ihren Bänken und versuchten sich auf Calvo Sotelo zu stürzen, der von den Rechtsabgeordneten umjubelt wurde.

Der Landtagspräsident Martinez Barrio faßte den Beifall der Katholischen Volksaktion als ein Urteil gegen sich selbst auf und lobte den Abgeordneten Aza, der die Haltung Calvo Sotelos lobte, aus dem Sitzungssaal und verließ darauf selbst das Präsidium.

Nur durch die Intervention des Führers der Katholischen Volksaktion, Gil Robles, wurde der Konflikt schließlich beigelegt. Martinez Barrio kehrte wieder zum Präsidium zurück, und der aus dem Saal ausgewiesene Abgeordnete wurde wieder zugelassen.

Einreiseerleichterungen nach Frankreich.

Paris, 2. Juli. Das französische Generalkommissariat für den Fremdenverkehr gibt bekannt, daß auf besondere Genehmigung des Außenministeriums gewisse Erleichterungen den Mitgliedern ausländischer Gesellschaften gewährt werden können, die zu bestimmten Zwecken (Sportveranstaltungen, Ausstellungen usw.) zu einem kurzen Aufenthalt nach Frankreich kommen wollen.

Die Rede Duff Coopers vor dem Oberhaus.

London, 1. Juli. Im Oberhaus fand am Mittwoch eine Aussprache über die Rede des Kriegsministers Duff Cooper in Paris statt.

Lord **Rennell** (konservativ) lenkte die Aufmerksamkeit der Regierung auf den mangelnden Zusammenhang zwischen Aeußerungen verschiedener Minister in Fragen der auswärtigen Politik und legte Protest dagegen ein, daß sich England so verschiedenartig amtlich äußere. Er sei unangenehm überrascht worden durch die Rede, die Duff Cooper gehalten habe. Während Verhandlungen über die deutschen Vorschläge schwebten, sei der Augenblick höchst unglücklich, um die Erklärung zu wiederholen, daß sich die Grenze Großbritanniens am Rhein befinde.

Lord **Arnold** (Labour) erklärte, daß Duff Coopers Rede ein Militärbündnis gemeint habe, das sich gegen Deutschland richten solle. Sie habe in Deutschland starken Anstoß erregt. Es sei unmöglich, wenn der eine Minister erkläre, daß die Politik der Regierung darin bestände, Frankreich, Großbritannien und Deutschland zusammenzubringen, wenn der andere Minister im nächsten Augenblick erkläre, daß die Politik der Regierung in einem Militärbündnis zwischen Großbritannien und Frankreich bestehe.

Lord **Halifax** (Nordriegelbewahrer) erklärte, die Aussprache habe ihn in der Ueberzeugung bestärkt, daß es unklug für einen Minister sei, eine Rede über Außenpolitik zu halten, ohne daß er vorher mit sämtlichen Kollegen Rücksprache genommen habe. Er habe das gesamte Manuskript der Rede Duff Coopers gelesen. In der Rede sei nichts von einem Militärbündnis enthalten gewesen oder irgend etwas anderes, was die Schlußfolgerung zulasse, daß Großbritannien seine Verpflichtungen weit über Locarno hinaus ausdehnen wolle. Wenn ein britischer Minister nach Berlin gehe und sich dort für die englisch-deutsche Freundschaft einsetzen würde, würde dann jemand das Recht haben zu behaupten, daß er eine englisch-deutsche Verbindung unter Ausschluß Frankreichs verlange? Halifax wiederholte hierauf den Wunsch Englands nach Freundschaft mit Frankreich und Deutschland. Es sei ungerecht und schädlich zu behaupten, das Ziel einer Verständigung mit Deutschland zu erzielen oder anzustreben. Man müsse vielmehr in beiden Richtungen gleichzeitig vorgehen.

Lord **Noel Buxton** (Labour) meinte, die Rede Duff Coopers müsse in Deutschland den Eindruck erwecken, daß Deutschland im Völkerbund nicht willkommen geheißen werde. Wenn die Rede einen derartigen revolutionären Meinungswechsel widerspiegele, wie man das in gewissen Kreisen annehme, dann sei die Rede als ein großes Unglück zu bezeichnen.

England hält die Begrenzung der Flottenverträge ein.

London, 2. Juli. Der parlamentarische Privatsekretär des Ersten Lords der Admiralität, W. W. Astor, hielt am Mittwoch abend vor einer konservativen Gesellschaft in Westminster eine Rede, in der er erklärte, daß Großbritannien die klare Verpflichtung habe, bis zum Dezember fünf Kreuzer abzuwracken. Diese Notwendigkeit komme ungelegen in einer Zeit, in der die zukünftige Zahl der Kreuzer von 50 auf 70 zu erhöhen beabsichtigt sei. Aber sowohl das Interesse wie die Ehre Großbritanniens erheischten es, den in Betracht kommenden Vertrag einzuhalten. Der zu einem internationalen Vertragssystem zur Beschränkung der Seerüstung gehöre.

Diese Verträge brächten Großbritannien eine jährliche Ersparnis von Millionen, und als eine Nation, die als Seemacht äußerst verwundbar sei, müsse Großbritannien die wichtigen Flotten so niedrig wie möglich in ihrer Stärke zu halten.

Alle übrigen Seemächte hätten die Begrenzungsbestimmungen des Washingtoner und des Londoner Vertrages getreulich erfüllt, und Deutschland habe vorbehaltlos das englisch-deutsche Flottenabkommen eingehalten. Gegenwärtig stehe Großbritannien in Unterhandlungen mit Sowjetrußland und Polen, und es sei möglich, daß Italien in kurzer Zeit den neuen Vertrag beitrete.

Wenn England diesen Vertrag nun plötzlich brächte, würde es das ganze Vertragssystem, das so nützlich und vorteilhaft für seine Flotten- und Reichsinteressen sei, gefährden — und alles das um fünf fragwürdiger Kreuzer willen, die schon seit drei Jahren überaltert seien und deren Modernisierung äußerst kostspielig wäre.

Das endgültige Ergebnis der litauischen Seimwahlen.

Kowno, 1. Juli. Als endgültiges Ergebnis der am 9. und 10. Juni durchgeführten litauischen Seimwahlen werden nunmehr im litauischen Regierungsanzeiger die Namen der 49 Abgeordneten veröffentlicht, und zwar 46 Nationallitauer und drei Memelländer.

„Taß" meldet neue Grenzverletzung im Fernen Osten.

Moskau, 1. Juli. Die sowjetamtliche Nachrichtenagentur Taß meldet aus Chabarowsk einen neuen Grenzzwischenfall, der sich an der sowjetrussisch-mandschurischen Grenze im Gebiet der früher schon vielgenannten Grenzstation Mandschurija abgespielt haben soll.

Danach seien am 28. Juni nachmittags vier japanische Kavalleristen von Mandschurija kommend an die Grenze herangeritten, hätten diese überschritten und seien schließlich 3 km tief auf Sowjetgebiet von einem Trupp sowjetrussischer Grenzer angegriffen worden. Den Festgenommenen, unter denen sich auch ein Unteroffizier befand, habe man vier japanische Gewehre, vier gesattelte Pferde, vier Säbel und zwei Feldstecher abgenommen.

Todesurteil gegen Oberstleutnant Aizawa rechtskräftig.

Tokio, 1. Juli. Das Kriegsministerium teilt mit, daß das Todesurteil gegen Oberstleutnant Aizawa rechtskräftig wurde, weil seine am 8. Mai eingelegte Berufung abgelehnt worden ist. Aizawa wurde bekanntlich wegen Ermordung des Generalmajors Nagata am 7. Mai zum Tode verurteilt. Das Kriegsministerium teilte ferner mit, daß auch die Entfernung Aizawas aus dem Heere erfolgt sei.

Die Fällung des Todesurteils und die Ablehnung einer Begnadigung wird als Zeichen dafür gedeutet, daß auch die für den Februaraufstand verantwortlichen Offiziere mit äußerster Strenge zu rechnen haben werden.

Trotzdem wurde in Tokio die Aufhebung des Ausnahmezustandes eingeleitet. Auch die Marinetruppen wurden nach Yokusuka zurückgezogen. Die Polizei wurde bei einer Konferenz der Polizeipräsidenten vom Innenminister zu schärfstem Vorgehen gegen jeden Störungsversuch angewiesen.

Verantwortlich: i. V. Hermann Rübiger, Berlin-Friedenau.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.